

Unsere Demokratie weiter entwickeln – Der Politikverdrossenheit entgegen wirken

Nach der friedlichen Revolution in der DDR nahmen im März 1990 an der ersten und einzigen freien Wahl der Volkskammer 93,4 % aller Wahlberechtigten teil. Bei der ersten Landtagswahl in Brandenburg im Oktober 1990 waren es 67,1%. Fast 25 Jahre später wurde bei der Landtagswahl am 14. September 2014 mit einer Wahlbeteiligung von 47,9% ein Allzeit-Tief in Brandenburg erreicht. Dabei korreliert niedrige Wahlbeteiligung mit niedrigem Einkommen, niedrigem Alter und prekären Lebensverhältnissen. Demokratie darf aber keine geschlossene Veranstaltung der Eliten sein. Gründe für die Wahlenthaltung gibt es viele. Um dieser Entwicklung entgegen zu wirken, ist eine parteiübergreifende Plattform, die sich mit dem Zustand und der Zukunft unserer Demokratie beschäftigt, nötig.

Eine niedrige Wahlbeteiligung stellt die Legitimität des Wahlergebnisses an sich nicht in Frage. Es bleibt entscheidend, dass alle Wahlberechtigten frei, geheim und gleich an der Wahl teilnehmen können. Eine Wahlpflicht dagegen lehnen wir ab. Es muss in einer Demokratie jedem Menschen frei stehen, sich nicht an Wahlen zu beteiligen. Auch aus diesem Grund hat sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Brandenburg immer für die Abschaffung der Beteiligungsquoten bei Landratswahlen oder Volksabstimmungen ausgesprochen, um das Fernbleiben von den Wahllokalen durch eine Annullierung der Ergebnisse öffentlicher Wahlen und Abstimmungen nicht auch noch zu belohnen.

Eine niedrige Wahlbeteiligung ist aber ein Indiz für Desintegrationsprozesse in einer demokratischen Gesellschaft, ein Indiz für den bröckelnden politischen Zusammenhalt und damit letztendlich auch eine Gefahr für die Demokratie. Parteien haben den Verfassungsauftrag, an der demokratischen Willensbildung in der Gesellschaft mitzuwirken. Dieser Aufgabe werden sie aber offensichtlich immer weniger gerecht. Ihr Ansehen sinkt seit Jahren. Besonders in Ostdeutschland (vergleichbar den anderen neuen EU-Mitgliedsstaaten des ehemaligen Warschauer Paktes bzw. der baltischen Sowjetrepubliken) ist historisch begründet das Ansehen von Parteien besonders schlecht. Während Ehrenämter allgemein hoch geschätzt werden, trifft das auf politische Ehrenämter weniger zu. Gemeindevertreter, Stadtverordnete und Kreistagsabgeordnete mit oft hohem zeitlichem Einsatz werden selten für ihr Engagement gewürdigt. Das mündet darin, dass Parteien, Bürgerinitiativen und andere politische Aktivitäten aus den Schulen, von Volks-, Dorf- und Stadtfesten verbannt werden. So wandert die politische Auseinandersetzung mehr und mehr in die Medien, in denen banale Verfehlungen oftmals mehr zählen als der sachliche Wettstreit der Ideen. Der örtlichen Entfremdung folgt so die emotionale. Wir sind überzeugt, dass der Austausch an öffentlichen Orten eine Grundvoraussetzung ist, um junge Menschen dafür zu begeistern, an Wahlen teilzunehmen.

Parteien müssen wieder an die Orte des gesellschaftlichen Austauschs und der Begegnung zurückkehren und das direkte Gespräch mit den Wählerinnen und Wählern führen. Die Partizipationsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger müssen erweitert werden. Sei es über mehr

und leichteren Zugang an der politischen Willensbildung in ihrer Kommune, wie im Land und auch auf Bundesebene. Die Hürden für direkte Beteiligungen müssen gesenkt werden. Gleichzeitig müssen die Parteien mehr und anders für ihre Funktion in unserer repräsentativen Demokratie werben und viel häufiger im Alltag präsent sein – nicht nur zu Wahlkampfzeiten.

Eine hohe Wahlbeteiligung – als Ausdruck einer gesamtgesellschaftlich geführten politischen Auseinandersetzung – ist wünschenswert und ein Ziel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Brandenburg. Unsere Landtagsfraktion hat in der vergangenen Legislatur erreicht, dass die Ausschüsse öffentlich tagen und nach der Wahl im September 2014 bereits eine Parlamentsreform beantragt, um über reine Geschäftsordnungsfragen und Stärkung der parlamentarischen Rechte hinaus die Arbeit des Landesparlamentes den Menschen näher zu bringen. Wir wollen die Diskussion über eine lebendige Demokratie in Brandenburg aber auf allen Ebenen führen. Die möglichen Stellschrauben sind über die bereits genannten hinaus derer viele: Der zeitliche, örtliche und technische Rahmen der Wahlteilnahme, das Wahlrecht, der Parlamentsbetrieb, die politische Bildung an den Schulen, die demokratische Verfasstheit der Parteien und ihre Offenheit gegenüber KritikerInnen und Interessierten, der Stil der politischen Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit u.v.m. Wir wollen diskutieren, ob und wie ein geändertes Wahlrecht die Wahlbereitschaft steigern kann, wir wollen in Erfahrung bringen, inwieweit eine Stärkung direktdemokratischer Elemente auch positive Auswirkungen auf die Wahlbeteiligung haben kann.

Wir geben nicht vor, das Allheilmittel zu kennen und wir glauben nicht an schnelle einfache Antworten. Wir wollen mit Bürgern und Bürgerinnen, WissenschaftlerInnen, Verbänden und Institutionen ins Gespräch kommen, die uns ihren Blick auf Politik und Parteien von außen erläutern. Wir wollen noch besser verstehen, warum Wahlen für immer mehr Menschen keine Bedeutung mehr haben. Wir wollen uns auch durchaus selbstkritisch hinterfragen und sehen, wie wir als Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Brandenburger und Brandenburgerinnen attraktiver werden können. Wir wollen schauen, an welchen Stellen wir uns möglicherweise ändern müssen, um das Bild der Politik in Brandenburg insgesamt zu verbessern. Alle Mitglieder, aber insbesondere der Landesvorstand und die LAG Demokratie und Recht sind aufgefordert, diesen Faden aufzunehmen und Neuerungen vorzuschlagen. Auf dieser LDK beginnen wir mit ersten Gastreden und wollen 2015 mit einem Schwerpunkt auf der Sommerkonferenz dem Diskurs weiter eine Plattform schaffen, um die Auseinandersetzung innerhalb wie außerhalb der Partei zu vertiefen.